

Aufstieg und Fall der Jesuiten

Ausstellung im Münchner Hauptstaatsarchiv dokumentiert die Jahre 1549 bis 1773

(Ni). Das Wirken des Jesuitenordens in Bayern von 1549 bis 1773 dokumentiert eine Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und der Oberdeutschen Provinz des Ordens in München. Anlaß ist der 500. Geburtstag des Ordensgründers Ignatius von Loyola und das 450jährige Gründungsjubiläum des Ordens.

Die Präsentation im Hauptstaatsarchiv (Ludwigstraße 14) ist bis zum 2. Juni (täglich, außer montags, von 10 bis 18 Uhr) zu sehen und von einem reich illustrierten wissenschaftlichen Katalog (29,80 DM) des Anton H. Konrad Verlags, Weißenhorn, begleitet. Sie umfaßt 280 Exponate, darunter Urkunden, Bücher und sakrale Gegenstände, die die jesuitische Ordensstätigkeit in Bayern, von der Seelsorge über wissenschaftliche und literarische Leistungen bis zur weltweiten Mission, veranschaulichen. Ein zentrales Betätigungsfeld des Ordens war die wissenschaftliche Arbeit an den Universitäten und die Leitung der Jesuitenkollegien in fast allen großen Städten Bayerns, so in Dillingen, Augsburg, Mindelheim und Kaufbeuren. Hinzu kommen Exponate zur politischen Rolle des Ordens, zur geistesgeschichtlichen Auseinandersetzung mit Barock und Aufklärung sowie zur außer- und innerkirchlichen Kritik, die 1773 zur Auflösung führte und in „ihrer Kompromißlosigkeit oft der des Ordens nicht nachstand“, wie Kultusminister Hans Zehetmair bei der Ausstellungseröffnung sagte. Der Jesuitenorden wurde 1814 neugegründet und ist seither wieder in Seelsorge, Wissenschaft und Bildungsarbeit tätig. Heute befinde er sich jedoch in einer kritischen Situation, betonte Jörg Dantscher, Provinzial der Oberdeutschen Ordensprovinz, anlässlich der Münchner Exposition. So müsse wegen des Personalmangels überlegt werden, ob weiterhin Jesuiten als Hochschullehrer an Universitäten oder in die Mission entsandt werden können.

Dunkles Kapitel Hexenverfolgung

Die Ausstellung ist in zwei Hauptteile gegliedert. Im ersten Teil werden einleitend der Ordensgründer Ignatius von Loyola sowie der Orden in seinem Aufbau und seinen Satzungen, aber auch in seinem Alltagsleben vorgestellt. Das erste Auftreten der Jesuiten in Bayern im Jahr 1549 geht auf Herzog Wilhelm IV. zurück, der für die darniederliegende theologische Fakultät seiner Universität Ingolstadt dringend fähige und zugleich in der katholischen Konfession gefestigte Professoren suchte. Die anschließende Ausbreitung des Ordens in Bayern und die Errichtung von Kollegien in fast allen größeren Städten des Landes kann in vielen Bildern und Urkunden dokumentiert werden.

Der zweite Hauptteil stellt die Schwerpunkte jesuitischer Ordensstätigkeit dar. An der Spitze steht die Seelsorge, aber in der besonderen Ausprägung, daß die Jesuiten zur Vertiefung und Festigung der katholischen Konfession Glaubensunterricht (Katechese) für Kinder und Erwachsene hielten, Volksmissionen und Exerzitien durchführten. Insbesondere betrieb der Orden die Rekatholisierung

Im Schulwesen besaß der Orden eine überragende Stellung. Ab 1685 war die theologische Fakultät der Universität Ingolstadt weitgehend, die philosophische vollständig in der Hand der Jesuiten. Die vom Bischof von Augsburg in Dillingen 1564 neu eingerichtete Universität war vollständig den Jesuiten übertragen. Im Schulwesen wurden Pläne, Urkunden und Unterrichtsmittel einheitlich vom Jesuitenorden bestimmt.

Wesentlich beteiligt waren die Jesuiten auch an den Hexenprozessen, die in Bayern 1589 begannen und erst 1775 (in Kempten) endeten. Man schätzt die Zahl der Opfer auf 1000 bis 1500. Allein bei einem Prozeß in München wurden 400 Personen denunziert. So wie Jesuiten bei der Hexenverfolgung eine entscheidende Rolle spielten, so entschieden war aber auch die Stellungnahme von führenden Jesuiten gegen sie.

Die Jesuiten waren stets ein weltweit orientierter Orden, der sich in besonderem Maß der Missionsarbeit verschrieb, an der auch bayerische Jesuiten ihren Anteil hatten. Die im 16. Jahrhundert einsetzende China-Mission kann dies in beeindruckender Weise verdeutlichen. Der in der Ausstellung mit einem Porträt gegenwärtige Ignaz Kögler (1680–1746) aus Landsberg am Lech gilt als der bedeutendste deutsche China-Missionar

überhaupt. An der Universität Ingolstadt lehrte er Mathematik und Hebräisch. In Peking (wo er auch starb) übernahm er dann die Leitung der Sternwarte, kündigte frühzeitig Mond- und Sonnenfinsternisse an und schrieb zahlreiche astronomische Werke (auch in Chinesisch).

Auf vielen Gebieten der Naturwissenschaften – wie auch in der Literatur und für das Theater – haben die Jesuiten bedeutende Leistungen erbracht. So entdeckte der an der Universität Ingolstadt wirkende Christoph Scheiner zeitgleich mit Galilei die Sonnenflecken.

Den Schluß der Ausstellung bilden Exponate über die Tätigkeit der Jesuiten als Beichtväter, Erzieher und Berater an Fürstenhöfen, die von Anfang an große Kritik herausforderte und den Jesuiten den Ruf einbrachte, machtlüstern die Fäden der Politik in der Hand zu halten und dabei keine Mittel zu scheuen. Die Aufhebung des Ordens im Jahre 1773 traf die Jesuiten in einer Situation, in der sie in der Defensive gegen die Aufklärer standen, die ihnen Rückständigkeit und Wissenschaftsfeindlichkeit vorwarfen. So fiel die Reaktion auf die Aufhebung des Jesuitenordens in Bayern zwiespältig aus: bei den Aufklärern fand sie begeisterte Zustimmung, beim gläubigen Volk löste sie Bedauern aus.



China-Missionar, Gelehrter, Astronom Ignaz Kögler (1680–1746) aus Landsberg als Mandarin mit typischen chinesischen Gerätschaften seines Wirkens am kaiserlichen Hof in Peking.

„Wir müssen an die Menschen denken“

Neue Treuhand-Chefin Breuel appelliert an Sozialpartner

Von unserem Redaktionsmitglied
Martin Ferber

Berlin

Der Vergleich mit Maggi Thatcher ehrt sie. Doch im Unterschied zur „eisernen Lady“, die zehn Jahre lang mit strenger Hand über Großbritannien regiert hat, will Birgit Breuel „etwas weniger herb und dafür etwas menschlicher“ sein.

Tugenden, die die 53jährige, ebenso eigenständige und widerborstige wie erfolgreiche Politikerin in Zukunft mehr denn je benötigt. Denn seit Samstag ist sie die neue Präsidentin der in Berlin ansässigen Treuhandanstalt und damit oberste Chefin über rund 8000 ehemals volkseigene Betriebe in den fünf neuen Ländern mit rund vier Millionen Beschäftigten.

Einstimmig fiel im Verwaltungsrat der Anstalt das Votum für die einstige niedersächsische Wirtschafts- und Finanzministerin aus, die schon seit 18. September vergangenen Jahres dem am Ostermontag von RAF-Terroristen ermordeten Treuhand-Chef Detlev Karsten Rohwedder als Stellvertreterin zur Seite gestanden war. Und selbst DGB-Chef Heinz-Werner Meyer bekannte, daß ihm das Votum für die CDU-Frau nicht schwergefallen sei.

„Pro und Kontra abgewogen“

Jens Odewald, der Vorsitzende des Verwaltungsrates, faßte das Ergebnis der Wahl vor der internationalen Presse in einem Satz zusammen: „Wir haben das Pro und Kontra aller Kandidaten sorgsam abgewogen und sind zu dem eindeutigen Ergebnis gekommen, daß Birgit Breuel die beste Treuhand-Präsidentin ist.“

Daß zahlreiche andere Kandidaten, die von Bundeskanzler Helmut Kohl, dem für die Treuhand zuständigen Bundesfinanzminister Theo Waigel sowie von Verwaltungsratschef Odewald in den letzten Tagen angegangen worden waren, abgewinkt hatten und eine Bewerbung um den „schwersten Job, den die Bundesrepublik zu vergeben hat“, wie ihn Rohwedder einmal charakterisierte, abgelehnt hatten, verschwieg der Vorstandsvorsitzende der Kaufhof AG wohlweislich. Denn Lorbeeren sind an der Spitze der größten Holdinganstalt der Welt angesichts der drohenden Massenentlassungen nicht zu ernten.

So war denn auch die Bekanntgabe des Wahlergebnisses alles andere als eine Überraschung. Und Odewald bemühte sich auch, die Vorzüge der neuen Präsidentin hervorzuheben: „Birgit Breuel steht für die Kontinuität in der Arbeit der Treuhandanstalt.“ Schließlich habe sie zusammen mit Rohwedder das neue Konzept entwickelt, das nun allmählich zu greifen beginne.

Der „Nachteil“ der einstigen Ministerin im Kabinett Albrecht, „nur“ eine Politikerin zu sein und noch nie ein Unternehmen geführt zu haben, soll nach den Worten Odewalds dadurch ausgeglichen werden, daß ihr ein „exzellenter Manager in hoher Position in der Wirtschaft“ als Stellvertreter zur Seite gestellt wird. Dieser soll den „industriellen Sachverstand im Treuhand-Vorstand“ stärken und eine Industrieholding mit dem Ziel einer forcierten Privatisierung aufbauen. Einen Namen wollte der Verwaltungsratschef noch nicht nennen, schließlich müsse der Gekürte erst noch das Placet des Aufsichtsrates seines Unternehmens einholen. Und Anfang Mai soll ein weiteres Vorstandsmitglied für die Bereiche Energie und zwei weitere Unternehmenssparten ernannt werden.

In einer ersten Stellungnahme als Treuhand-Chefin versprach Birgit Breuel, „dem Erbe Detlev Rohwedders gerecht zu werden“. Mit ihm an der Spitze seien in den letzten Wochen die rechtlichen, finanziellen und sozialen Grundlagen für eine erfolgreiche Umgestaltung der Wirtschaft in den fünf neuen Ländern gelegt worden. Vor der Treuhand liege noch ein schwieriges Jahr, „dem wir uns aber gewachsen fühlen“.

Wichtig sei es jetzt, den Konsens zwischen den Sozialpartnern auszubauen. So will die Treuhand nach den Worten Breuels zwar die schnelle Privatisierung und die entschlossene Sanierung vorantreiben, gleichzeitig aber alle überlebensfähigen Betriebe „fürsorglich begleiten“. Und dann richtete die neue Chefin, einst als „bester Mann im Kabinett Albrecht“ gerühmt, einen dringenden Appell an alle Verantwortlichen: „Es war in den letzten Tagen viel von Gemeinsamkeit die Rede. Wenn wir jetzt alle dieses Wort auch mit Inhalt ausfüllen, dann haben wir gute Chancen, die eingeleitete Arbeit erfolgreich zu Ende zu führen.“

Erste Amtshandlung

Wie dies aussehen könnte, demonstrierte sie, oft wegen ihres konsequenten Eintretens für die Marktwirtschaft gescholten und als Anhängerin einer strikten Privatisierung kritisiert, gleich in ihrer ersten Amtshandlung am Samstag.

Zusammen mit DGB-Chef Heinz-Werner Meyer und DAG-Chef Roland Issen unterzeichnete sie eine gemeinsame Erklärung, in der sich die Treuhand zu sozialverträglichen Lösungen beim Stellenabbau sowie zum Erstellen von Sozialplänen verpflichtet. Die Sicherung von Beschäftigungsmöglichkeiten sowie die Qualifizierung der Arbeitnehmer haben demnach „Vorrang gegenüber Entlassungen“. Denn, so sagte Frau Breuel, „wir müssen an die Menschen denken“.



Noch immer stehen in Kuwait

Kuwait will mehr Feuerwehren zum Löschen der brennenden Ölquellen anheuern und damit die zunächst auf zwei Jahre geschätzte Löscharbeit möglichst auf rund sieben Monate verkürzen. Gegenwärtig kämpfen drei amerika-

Zur Person

Erich Honecker, früherer DDR-Staats- und Parteichef, soll bereits am 11. Februar Besuchern im Militärhospital Beelitz erklärt haben, daß er zur weiteren Behandlung seiner schweren Darmkrankheit nach Moskau übersiedeln werde. Dies berichtete DKP-Mitglied **Erich Schreier** der Dresdener *Morgenpost* am Sonntag. Nach Meldungen von *Bild* ist Honecker bereits wenige Tage nach seiner Ankunft in Moskau am 13. März in einem Fliegerhospital erneut operiert worden. Sein Zustand sei schlecht, er erhole sich nur langsam.

Lothar Späth, früherer Ministerpräsident Baden-Württembergs, hat eine bessere Bezahlung von Politikern gefordert. Gegenüber der Illustrierten *Bunte* meinte der wegen der soge-

Ich bin HUK



Wo Kurden-Not
noch größer ist

Schalck hortete
Gold und Juwelen